



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/225 - 2. Oktober 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21921 - 33  
Fernschreiber 0886890

Ohnmächtiger Bundeswirtschaftsminister	S. 1
Die neue französische Krise und ihre Ursachen	S. 3
Zur Haftentlassung Klagges	S. 5
Jugend besucht Soldatenfriedhöfe	S. 7
Erneuter Mahnruf der Atomphysiker	S. 8

## Herr im Haus - die Ruhrkonzerne

rd. Der Ruhrbergbau ist unnahegebig geblieben. Bitten, wie Dröhungen der Bundesregierung, der diese brutale Demonstration der wahren Machtverhältnisse in der Bundesrepublik so wenige Tage nach den Wahlen natürlich peinlich sein musste, waren völlig wirkungslos. Der Ruhrbergbau hat gezeigt, wer Herr im Hause ist.

Diese Niederlage der Bundesregierung war vorauszusehen. In der Bitte Erkerde, doch wenigstens die Preiserhöhungen um einen Monat hinauszuschicken, lag bereits das Unverständnis mit der Preiserhöhung und aus Eingeständnis begründet, dass man sich zu schwach fühlte, um gegen die wieder konsolidierte Nachschubleistung der Ruhrkonzerne, insbesondere gegen das Kohlenmonopol, anzukämpfen. In Härte brutaler Härteberheit hat der Bergbau die Tatsache der Preiserhöhung gegen die Schaumschlägerei des Bundeswirtschaftsministers gesetzt.

Was hätte auch eine Verschiebung des Termins der Preiserhöhung bewirkt? Nichts weiter als einen Lieferstopp für einen Monat. Entscheidend bleibt allein, ob die Preiserhöhung berechtigt war oder nicht. Dazu erklärt die IG-Bergbau, die zuständige Gewerkschaft, keine der von dem Unternehmensverband Ruhrbergbau vertretenen Begründungen vererbe die Preiserhöhung zu rechtfertigen. Aus der Preiserhöhung des Vorjahres seien noch Reserven vorhanden, z.B. aus dem auch jetzt, wie schon im Vorjahr, inkalkulierten Kesselenergieerhöhen "Förderausfall" der Schichtzeitverkürzung, der nicht eingetreten sei. Auch der Bundeswirtschaftsminister hat die sogenannte "kalkulatorische Rechnung" des Steinkohlenbergbaus nicht anerkannt. Mit dieser Rechnung wird nun schon seit einem Jahrzehnt der bundesrepublikanische Verbraucher systematisch irreführt und zu immer neuen Opfern an das Kohlenmonopol gezwungen. Eine Kostenuntersuchung des Steinkohlenbergbaus - Kohlenquote - wurde von der CDU und Regierung mehrmals abgelehnt.

Fest tragikomisch für die Bundesregierung ist auch, dass sich ihre Hoffnung, die Hohe Behörde der Montan-Union würde durch einen

Einspruch gegen die neuen Preislisten einen Aufschub der peinlichen Situation bewirken und damit die Möglichkeiten neuer Verhandlungen eröffnen, nicht erfüllte. Die Hohe Behörde, gerade aus der Bundesrepublik immer dem Vorwurf "dirigistischer" Absichten ausgesetzt, hält sich nun nicht weniger streng an das von der Bundesregierung vertretene Prinzip der "marktgerechten Preise". So sind ihr gegenüber der Willkür des Ruhrkohlenbergbaus genau so die Hände gebunden wie der Bundesregierung selbst: Diese schmeckt nun im eigenen Saft ihres Prinzips und die Hohe Behörde lässt sie schmecken.

Wie stark der Bergbau die Bundesregierung und ihr marktwirtschaftliches Propagandamaskeottchen, Prof. Erhard, an dieses Prinzip der marktgerechten Preise - die der Bergbau hier mit Härte diktiert - gebunden hält, zeigt auch der Umstand, dass er nicht mit dem Einsatz jener wirksamen Mittel rechnet, die der Bundesregierung trotz allem zur Verfügung stehen. So erlaubt er sich sogar, die Regierung vor dem Einsatz dieser Mittel und die übrige Industrie der Bundesrepublik vor weiteren Lohnzugeständnissen an ihre Arbeiter zu warnen. So weit sind wir schon wieder - denn das war die beste Tradition des früheren "Zechenvereins" und der "Ruhrleute" unheiliger Angehörigen.

Der Bergbau warnt die Regierung z.B. vor dem Ausscheren der bundeseigenen Zechengesellschaft "Hibernia", die etwa ein Zehntel der deutschen Kohle fördert, aus dem Verkaufskartell der Ruhrkohle. Tatsächlich hat man ernsthaftige Überlegungen im Bundeswirtschaftsministerium in dieser Richtung angestellt. Der Bundeskanzler hat sich brieflich an die bundeseigene Zechenleitung gewandt. Wir verwiesen auch schon früher auf die Möglichkeit, die Einfuhrabgabe auf amerikanische Importkohle (2,40 DM pro T), sowie die höheren Transporttarife für amerikanische Kohle aufzuheben. Daron, ob sich die Bundesregierung zu diesen Massnahmen entschliesst, wird sich erweisen, welche Macht hinter "Drohungen" der Regierung oder "Warnung" des Bergbaues steckt.

Wir glauben nicht daran, dass die Regierung den Mut zu drastischen Entschlüssen findet. Sie hat dem Bergbau ihre Ohrmacht schon früher eindeutig vor Augen geführt, z.B. als sie ihm ohne Widerspruch erlaubte, aus eigener Macht eine Steuer zu erheben - die Wohnbauabgabe - nachdem die früher durch das Parlament genehmigte Abgabe in die Ertragsrechnung der Zechen eingegangen war.

Prof. Erhard wollte bekanntlich Preisrückungen nur über seine Leiche zulassen, - eine Leiche, die nun schon reichlich anrücklich wird. Er mag manchmal an den Dr. Erhard der Weimarer Zeit zurückdenken, der, bevor er Professor wurde, der Meinung war, man könne es den Sozialdemokraten nicht als Verdienst anrechnen, die Sozialisierung solcher wirtschaftlicher Machtgebilde verhindern zu haben. Wenn er sich in dieser Preisdebatte dem Bergbau gegenüber darauf beruft, es sei das Verdienst dieser Regierung, die Sozialisierung verhindert zu haben und der Bergbau sei nun zu Dank verpflichtet, so erhält er mit der Preiserhöhung die Quittung für die Sünde gegen seine damalige Erkenntnis.

De Gaulle als Retter ?

E. Paris, Anfang Oktober.

Die neue französische Regierungskrise rief keine Überraschungen hervor. Ministerpräsident Bourguès Maunoury wurde bei seinem Amtsantritt von der abwartenden Rechten nur akzeptiert, weil sie von ihm annahm, er werde die Versprechungen auf Verwirklichung einer liberalen Algerienpolitik nicht erfüllen und mit Energie den Algerienaufstand beenden. Er wurde gestürzt, weil er die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnte. Seine Herrschaft dauerte 110 Tage und war von einigen Widersprüchen gekennzeichnet. Sein Wille, ein wann auch stark verwässertes Rahmengesetz für Algerien mit Hilfe gegenseitiger Konzessionen durchzusetzen, scheiterte, da es von der Rechten an Verständigungsbereitschaft fehlte und die schwächlichen Zugeständnisse, die von einigen Führern der Konservativen gemacht wurden, von der Mehrheit ihrer Anhänger verworfen wurden. Vielleicht wäre es doch noch zur Annahme des Rahmengesetzes für Algier gekommen, wenn nicht außerparlamentarische Faktoren Einfluß auf die Parlamentsarbeit gewonnen und Verwirrung in die Reihen der Parlamentarier getragen hätten.

In Frankreich steht das Barometer seit Wochen auf Sturm. Die französische Krise erzeugte Ungewißheit und Verwirrung, Industrie und Handel setzten der Regierung viele Schwierigkeiten entgegen, die Bauern und Lebensmittelhändler murrten und organisierten Lieferstreiks. In den Reihen der Arbeiterschaft begann man die bange Frage zu stellen, welche Folgen sich für sie aus dem allgemeinen Wirrwarr ergeben und ob sie nicht letzten Endes die Zeche für all die Schwierigkeiten zu zahlen habe. Das Streben der Gewerkschaften, von der Regierung Zusicherungen gegen ein weiteres Abgleiten des Lebensstandards zu bekommen, hatte keinen Erfolg. Die Preise steigen weiter. Verschärfend wirkte, als sich auf der Konferenz der französischen Afrikaner in Bamako (Sudan) vor einigen Tagen zeigte, daß man in ihren Kreisen bereits jetzt, wenige Monate nach Durchführung des afrikanischen Rahmengesetzes, eine Erweiterung der darin festgelegten Befugnisse und die Bildung einer autonomen Regierung der afrikanischen Föderation in Dakar

forderte. Das war ein Schreckschuß für viele französische Parlamentarier, die in den langen Diskussionen über das Algerische Gesetz immer wieder den Standpunkt vertraten, die Gewährung einer algerischen Exekutive und die Einsetzung eines algerischen Parlamentes werde sehr schnell zur Loslösung Algers von Frankreich führen. Das Verhalten der Afrikaner, deren Führer, Houphouët Boigny, Staatsminister der Regierung Bourguès Mameury ist, gab diesem Argument ein entscheidendes Gewicht und trug damit wesentlich zum Sturz der Regierung bei. Die Tatsache, daß Frankreich gerade in diesem Augenblick der UN-Tagung Einheit und Geschlossenheit im Wollen zeigen mußte, um eine internationale Verurteilung zu verküsten, verlor gegenüber der Furcht vor einer Liquidation des gesamten französischen Afrika-Besitzes jede Bedeutung.

Die Lage ist tragisch, niemand kennt einen Ausweg aus der Krise. Jede neue Regierung wird sich in erster Linie mit dem Algerienproblem beschäftigen und eine Lösung suchen müssen, die sich bisher als unerreichbar erwies. Sozialisten und Unabhängige stehen sich nach dem Scheitern des Algeriengesetzes feindlicher denn je gegenüber. Die zwischen ihnen stehenden Parteien der Mitte sind selbst uneinig und allein zur Regierungsbildung außerstande. Sie können nur dann hoffen, eine handlungsfähige Koalition zustande zu bringen, wenn sie die Sozialisten und Unabhängigen für ein gemeinsames Programm oder zur Unterstützung gewinnen können. Dafür sind die Aussichten jedoch sehr gering. Spekulationen von der Bildung einer außerparlamentarischen Regierung machen sich, wie immer in solchen Situationen, geltend, und der Name General de Gaulles wird wieder einmal als Retter des Landes aus großer Not in die Debatte geworfen, ohne daß sichtbar wäre, ob er die ihm zuge dachte Rolle zu spielen gedenkt, oder ob die politischen Parteien ihm gestatten würden, eine solche Rolle zu übernehmen.

Aus Klagges gesammelten Werken

K.H. Dietrich Klagges wurde im Jahre 1934 wegen seiner national-sozialistischen Tätigkeit aus dem Schuldienst entlassen. Schon vor 1933 bekleidete er in einer Koalitionsregierung in Braunschweig, die zwischen den Deutschnationalen und der NSDAP gebildet worden war, die Stelle des Innen- und Volksbildungsministers. Eine seiner "historischen Taten" war die Einbürgerung Hitlers. Nach der Machtergreifung avancierte Klagges zum Ministerpräsidenten des Landes und zeichnete für die braune Terrorherrschaft in Braunschweig verantwortlich.

Im April 1950 wurde er nach wochenlanger Verhandlung zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt und im Zuge einer späteren Revisionsverhandlung wurde diese Strafe auf 15 Jahre herabgesetzt. Seine nachgewiesenen bestialischen Untaten verteidigte er mit der "Befreiung des deutschen Volkes vom Marxismus" und erklärte, dieses Ziel sei "ihm heute auch noch heilig". - Dieser Heiligkeit und seiner "Werken" der Vergangenheit Rechnung tragend, wurde ihm die Möglichkeit geboten, seine Geistesprodukte im Gefängnis zu Papier zu bringen und an den für solche Werke zuständigen Verlag weiterzuleiten. Das Buch erschien unter dem Titel "Angeklagter oder Ankläger" im Verlag des Kultusministers a.D. Schlüter. Als Tarnverfasser dieses aus der Gefängnis-Schreibmaschine stammenden Werkes Klagges zeichnete ein in Hannover lebender Rudolf Berg verantwortlich. Ehe wir uns mit dem "theoretischen" Werk Klagges beschäftigen, dürfte es vielleicht empfehlenswert sein, sich seiner "praktischen" Werke zu entsinnen, und zwar den bestialischen Mißhandlungen seiner politischen Gegner. Hier einige Stellen aus den Prozeßberichten:

"... erklärte der als Zeuge geladene Helmut Harko aus Helmstedt, die SA habe ihn nach seiner Verhaftung und nach schweren Mißhandlungen im März 1933 in dem Haus der Allgemeinen Ortskrankenkasse gezwungen, sein eigenes mit Pfeffer gemischtes Blut vom Erdboden aufzulecken. Den inhaftierten Kirchhoff habe man buchstäblich zu Tode gequält und unter anderem das Gesäß aufgeschritten . . .

In der Verhandlung wurde erneut von Zeugen bestätigt, daß sich Dietrich Klagges zur Zeit der Mißhandlungen im Hause aufgehalten habe . . .

Die Mißhandlungen der SS an politischen Gegnern seien im März 1933 derart bestialisch gewesen, daß zwei der Betroffenen sich aus dem Fenster des Volksfreunde-Hauses gestürzt und dabei den Tod gefunden hätten, bekundeten mehrere Zeugen . . .

Nach dem geheimnisvollen Tode eines SS-Mannes wurden von der SS aus der großen Zahl der im Gebäude der Allgemeinen Ortskrankenkasse festgesetzten Personen 10 Opfer herausgesucht, auf einen

Kraftwagen verladen und nach dem Ort Rieseberg gefahren. In der Nacht zum 4. Juli 1933 sind diese 10 braunschweiger Arbeiter durch SS-Angehörige erschossen worden. Der Kriminalinspektor Willi Steinmeier, der wenige Stunden nach der Tat fotografische Aufnahmen machte, erklärte als Zeuge:

Auf dem Fußboden war soviel geronnenes Blut, daß das Stativ des Fotocapparates hin und her rutschte. Was ich damals gesehen habe, habe ich als Kriminalbeamter weder vorher noch nachher erlebt. Nachdem ich Abzüge von den Aufnahmen gemacht hatte, mußte ich sie abliefern und die Negative verrichten . . .

Der sozialdemokratische Braunschweiger Oberbürgermeister, Ernst Böhme, schilderte vor Gericht, wie Klagges Landtagsabgeordnete und Stadtvorsteher der SPD verhaften ließ und sie durch Mißhandlungen zur Aufgabe ihrer Mandate zwang. Er schilderte, wie der Landtagsabgeordnete Theissen im Anschluß an die von der SS verübten Mißhandlungen starb, wie zahlreiche andere SPD-Funktionäre verhaftet und ins Konzentrationslager eingeliefert wurden und wie er selbst mit Peitschen bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen wurde. Nur mit einer roten Schärpe "bekleidet" habe man ihn auf Befehl Klagges anschließend durch die Stadt geschleppt . . ."

Dieser Mann, dem die schwersten kriminellen Verbrechen, die er gegenüber seinen politischen Gegnern angewandt hatte, nachgewiesen werden konnten, bekehrte sich in seinem Gefängnis entstandenen Werk nach wie vor zu der Vernichtung politischer Gegner und damit zum NS-System. Hier ein Auszug aus dem Buch:

"Wir haben Großes gewollt . . . Großes getan . . . müssen jetzt Großes leiden. Dennoch wird der Tag kommen, an dem wir von neuem Großes wollen und - so Gott will - auch vollbringen werden . . ."

Deshalb, weil seinerzeit Klagges Strafe unverständlicherweise auf 15 Jahre herabgesetzt worden war, hielten es seine politischen Freunde für angebracht, eine bedingte Haftentlassung für den Hauptverantwortlichen des braunen Terrors in Braunschweig zu fordern. Dieses Verlangen stützte sich auf § 26 des Strafgesetzbuches, nach dem das Gericht einen zu zeitlicher Freiheitsstrafe Verurteilten bedingt entlassen kann, wenn er zwei Drittel verbüßt hat und wenn erwartet werden kann, "daß er in Zukunft ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben" führen wird. Auf Grund eines Beschlusses des Oberlandesgerichts Braunschweig wurde Klagges am 2. Oktober, drei Jahre vor Verbüßung seiner Strafe, aus der Haft entlassen. - Entlassen, um neues "Großes" zu "wollen", und wenn es die germanischen Götter und die Geldgeber wollen, auch zu "vollbringen".

\* \* \*

Kein Wort von Heldentum

K.J. Die alljährlich veranstalteten Jugendleiterfahrten des "Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge" dienen dem ausgesprochenen Zweck, die verschiedenen Jugendverbände der Bundesrepublik für die Mithilfe bei der Pflege und Ausgestaltung von Soldatenfriedhöfen zu gewinnen. Der "Volksbund" sagt von sich, er sei unpolitisch - ist er es wirklich?

Wer die diesjährige Jugendfahrt zu Soldatenfriedhöfen in Belgien und Frankreich mitgemacht hat, konnte die beruhigende Gewissheit mit nach Hause nehmen: diese Jugend ist für Kriegsabenteuer nicht mehr zu begeistern. Angesichts der so vieler unübersehbaren Gräberfelder gab es nur eine einheitliche Meinung bei den politisch aus allen Lagern Kommenden: Krieg ist Wahnsinn. Alles muss getan werden, eine Wiederholung des Grauens zu vermeiden. Viele Teilnehmer dieser Fahrt waren selbst Soldaten. Sie wissen, wie der Tod aussieht und wie barbarisch und wie willkürlich er zuschlägt. Nicht ein einziges Mal und von keiner Seite fiel das Wort "Heldentod".

Auf dem Friedhof von Langemarck fand sich eine Tafel mit dem in den Nazijahren so schrecklich missbrauchten Spruch von Lersch: "Deutschland muss leben und wenn wir sterben müssen". Stundenlang wurde von den Fahrtteilnehmern leidenschaftlich über seinen Sinn diskutiert. Die einen wollten ihn aus "seiner Zeit heraus" begreifen - die anderen dachten an die Konsequenzen und meinten, er müsse weg. Fast allen gemeinsam aber war die Überlegung, dass die von Langemarck sinnlos gestorben sind, ebenso sinnlos wie die Soldaten des zweiten Weltkrieges von Stalingrad bis El Alamein. Wenige schwiegen, was dachten sie?

Die jugendlichen Friedhofsbesucher sah das Grauen des Krieges aus Wäldern von Grabkreuzen an. Es erscheint heute undenkbar, wie in der Weimarer Republik sich eine Jugend von einem verbrecherischen Regime gerade mit dem Mittel des "Heldengedenkens" zu falscher Patriotismus verführen lassen konnte. Es ist gut, dass der "Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge" die Jugend auf die Soldatenfriedhöfe führt: er wirkt damit, ohne es vielleicht immer zu wollen, höchst politisch. Und das durchaus im positiven Sinn.

Gerade zum rechten Zeitpunkt

sp. Gewiss waren es schwerwiegende Gründe, die die Elite der deutschen Atomphysiker bewegte, die deutsche und internationale Öffentlichkeit daran zu erinnern, dass sie nicht den geringsten Anlass hat, auch nur ein Wort von dem in die Geschichte eingegangenen "Göttinger Manifest" zurückzunehmen. Um dieses Manifest war es in der letzten Zeit still geworden, seine mutigen Verfasser bekamen in verschiedenster Weise den Unmut der Mächtigen in Bonn zu spüren. Alarmierend ist es doch, dass sich die Mitglieder des Verbandes deutscher physikalischer Gesellschaften auf ihrer Tagung in Heidelberg zu der Feststellung genötigt sahen, sie würden nach besten Kräften jedes Mitglied schützen, wenn ihm aus seiner Haltung Nachteile entstünden. Diese Feststellung bezog sich auf eine vor zwei Jahren vom gleichen Verband ausgesprochene (damals allerdings wenig beachtete) Warnung vor jeglichem Missbrauch der Forschungsergebnisse deutscher Physiker. Welche offenen und geheimen Einflüsse waren hier wirksam, um deutsche Atomphysiker zu zwingen, zu tun, was gegen ihr Gewissen verstößt?

Der erneute Aufruf der Unterzeichner des Göttinger Appells kommt zum rechten Zeitpunkt. Während des Wahlkampfes haben sich die Atomphysiker zurückgehalten, um nicht dem Verdacht ausgesetzt zu werden, sie wollten Parteipropaganda betreiben, oder gar am "Untergang Deutschlands" durch ihre Forderung auf Verzicht auf Atomaffen für die Bundeswehr mitwirken. Diese Rücksichtnahme ist nun nicht mehr geboten. Die Frage der Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Waffen ist als Ergebnis des 15. September aus dem Stadium theoretischer Erwägungen herausgetreten und in den Bereich praktischer Verwirklichung gerückt.

Der Bundeskanzler hat in verschiedenen Interviews seit dem 15. September wiederholt und ausdrücklich seinen Willen bekundet, die Bundeswehr mit modernsten, d.h. also auch mit Atomwaffen, zu versehen. Die lebensausrottende Wirkung der kleinsten Atom-Granate entspricht der Vernichtungskraft jener Bombe, die auf Hiroshima abgeworfen wurde. Selbst die kühnste Phantasie verzagt die Folgen eines mit Atomwaffen ausgerüsteten Deutschlands dies- und jenseits der Elbe nicht zu überschauen. Hier wird, falls es bei der Absicht der Bundesregierung bleibt, ein tödliches Risiko eingegangen. Gerade davor warnen und warnen die deutschen Atomphysiker. Aus ihnen spricht das Gewissen der Nation. Wer hat den Mut, die Stimme dieses Gewissens zu überhören?